

Beschlussvorlage

EG Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Vorlage Nr.: BV 627/2017

öffentlich

Amt/Geschäftszeichen:	Hauptamt	Datum:	05.09.2017
Bearbeiter:	Claudia Wittke	Wahlperiode	2014 - 2019

Beratungsfolge	Termin	Abstimmung	Ja Nein Enthaltung
Stadtrat	27.09.2017	einstimmig	19 0 2

Betreff: Benennung der Neubesetzung eines Ausschussmitgliedes des Sonderausschusses zum Umgang mit den Mitteilungen über die Überprüfung der Stadträte durch den Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der §§ 46 Abs. 1, 47, 49 in Verbindung mit § 45 Abs. 2 Nr. 3 KVG LSA und der §7 Abs. 6 der Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte den Sonderausschuss zum Umgang mit den Mitteilungen über die Überprüfung der Stadträte durch den Bundesbeauftragten für Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, mit folgendem Stadtratsmitglied neu zu besetzen:

für die SPD Fraktion – Herr Gerhard Borstell

Finanzielle Auswirkungen

Kosten des Vorhabens	Mittel bereits veran- schlagt			Deckungsvorschlag (wenn nicht veranschlagt)	
	☐	Ja	☐		Nein
	Jahr 2017				
EUR	Produkt-Konto:				
ggf. Stellungnahme Kämmerei					

Andreas Brohm
Bürgermeister

Siegel

Begründung:

Mit Beschluss BV 599/2017 hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung die Besetzung des oben genannten Sonderausschusses beschlossen.

Dieser Ausschuss konstituiert sich nach Überprüfung der Ausschussmitglieder durch den Stadtratsvorsitzenden und dem stellvertretenden Stadtratsvorsitzenden auf ausgeübte Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst der DDR.

Nunmehr hat die CDU Fraktion den Antrag eingebracht, der vorab durch den Stadtrat unter Beschluss BV 626/2017 durch den Stadtrat beschlossen wurde, dass die seit 2014 nachgerückten Stadtratsmitglieder ebenfalls auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst überprüft werden sollen. In den Ausschuss wurde Frau Dizner von der SPD Fraktion benannt, diese ist eine nachgerückte Stadträtin und müsste nach vorbenanntem Antrag zunächst überprüft werden.

Bis hierzu die Unterlagen durch den Bundesbeauftragten an uns gelangt sind, dauert es in der Regel ca. 2 Jahre. Vorher kann der Sonderausschuss seine Arbeit nicht aufnehmen.

Damit der Sonderausschuss seine Arbeit aufnehmen kann und vor Ende der jetzigen Legislaturperiode seine Arbeit möglichst abgeschlossen hat, wird als Neubesetzung für den Sitz der SPD Fraktion im Ausschuss Herr Gerd Borstell vorgeschlagen.